

Die Retter in der Not sind da

Autor(en): **Raschle, Iwan / Gut, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebenspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 48

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-618779>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

VON IWAN RASCHLE

Frauen, Kinder, Jugendliche und ältere Menschen sind hart betroffen. Sie fürchten sich in unserem Land. Fürchten sich vor Tötlichkeiten, Raub, Einbruch und Bedrängnis. Als Beispiel: Zweimal pro Tag wird jemand beraubt in Zürich. Und die Gewaltverbrechen gegen Leib und Leben haben sich verdoppelt. Das ist unerträglich. Mehr Ausländer heisst mehr Kriminalität, mehr Drogen, mehr Angst. Das haben wir den Linken und «Netten» zu verdanken. Doch zum Glück gibt es eine Alternative: Mehr SVP. Mehr Sicherheit. Für eine innere Freiheit in Sicherheit!

Die Angst geht um in unserem Land.
Aber nicht mehr lange:

Die Retter in der Not sind da

In unserem Land herrscht ein Klima der Angst. Diese miserable Situation punkto Sicherheit haben uns die Roten und Freundlichen eingebrockt, allen voran der Zürcher Stadtrat, gefolgt vom roten Moritz. Als Justizminister des Kantons Zürich kämpft Leuenberger nicht für Recht und Ordnung, sondern

zwar hart – nötigenfalls mit dem Tod. Die Justiz muss endlich vom Grundsatz «in dubio pro reo» abkommen und richten, wo gerichtet werden muss. Kompromisslos und endgültig.

Damit dies geschieht, müssen sich auch die politischen Grundwerte in unserer Gesellschaft ändern, was wiederum

lässt den Ganoven und Vandalen lange Leine und schafft dadurch ein Brutklima für Kriminalität. Die Roten haben das angesehene Zürich zur Ausländer-, Drogen- und Ganovenstadt verkommen lassen. Das ist unerträglich und muss sich ändern.

Die politischen Grundwerte ändern

Der brutale Mord in Zollikerberg zeigt, wie dringend es ist, zu handeln, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. So etwas darf nie mehr vorkommen! Straffällige dürfen nicht mehr als Opfer unserer Gesellschaft bezeichnet und schonend behandelt werden. Sie gehören bestraft, und

heisst: Es muss eine andere Regierung an die Macht, und die rote Brut gehört für ihre Taten bestraft. Die Politik darf nicht mehr länger von politischem Ungeziefer geprägt werden. Die Schädlinge gehören ausgerottet, und es müssen wieder Menschen an die Macht. Mündige Menschen, die den Durchblick

haben. Und den Mut, hart durchzugreifen.

SVP – die Partei der Menschlichkeit

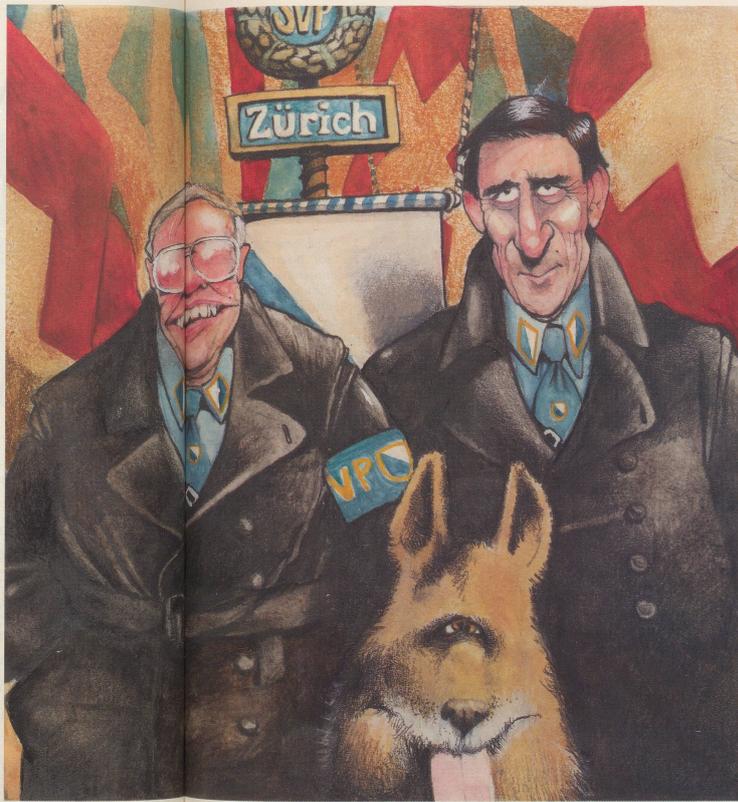
Die Schweizerische Volkspartei hat diesen Blick für die Probleme unserer Zeit. Und sie ist gewillt, eisern durchzugreifen. Sie ist die Partei des Mittelstands

und somit auch der Mitte, niemals links- oder rechtsextremen Werten verpflichtet, somit also als einzige politische Gruppierung geeignet, unser Land aus der Misere zu führen.

Seit einigen Wochen wird in der Schweiz über die Innere Sicherheit gesprochen. Was dabei verschwiegen wird: Angeregt

hat diese Diskussion die Schweizerische Volkspartei und niemand sonst. Die Partei der Sicherheit heisst also SVP. Wer SVP wählt, verhindert, dass es weitere durch Ausländer, Linke und andere

Wiederholungstäter verübte Morde gibt! Wer sich im nächsten Jahr an der Urne zum



Mittelstand bekennt, hilft mit, den rot-grünen Kriminalitäts-Ignoranten den Riegel zu schieben. Endgültig.

Nach dem Mord in Zollikerberg ist der SVP von allen Seiten Propaganda vorgeworfen worden. Das ist unerträglich. Und falsch. Tatsache ist, dass die Zürcher SVP ihre Aufklärungs-Inserate vor dem schrecklichen Mord in Auftrag gegeben hat. Dies beweist, dass die Partei der Mitte weitsichtig handelt. Die Vorsehung hat der Partei Recht gegeben, weshalb die Informationskampagne auch nicht gestoppt worden ist. Der von der Zürcher Regierung, zumindest von ihrem roten Justizminister, mitverursachte Mord unterstreicht die Notwendigkeit einer präventiven Kampagne. Es ist also nicht einzusehen, weshalb sich der Zürcher SVP-Präsident Christoph Blocher für die publizistische Tat entschuldigen sollte.

Die SVP braucht sich nicht zu entschuldigen

Ist es denn eigentlich verboten, Probleme unserer Zeit als Schwerpunkte politischer Arbeit zu erklären? Hat in letzter Zeit irgendjemand von den Roten verlangt, sie müssten sich bei den arbeitslosen, alleinerziehenden Müttern dafür entschuldigen, dass die Partei seit Jahren auf der sozialen Frage herumreitet, Randständige also für politische Propaganda benutzt?

Das hat niemand getan, und deshalb braucht sich auch die SVP nicht dafür zu entschuldigen, das Problem der inneren Sicherheit endlich anzugehen. Und zwar gezielt und nicht bloss mit Schlagworten:

Die Zürcher Kantonalpartei unter Führung der Nationalräte Christoph Blocher und Walter Frey hat ein Massnahmenpaket ausgearbeitet, das die Schweiz wieder zu einem sicheren Land werden lässt:

+ Sofortige Ausschaffung krimineller Ausländer (nicht nur Asylbewerber). Die Kriminalität in unserem Land ist zum grössten Teil importiert. Deshalb gehört ausgeschafft, wer sich nicht unserem Gesetz beugt.

+ Dem Grundsatz «in dubio pro reo» ist nur mehr differenziert Beachtung zu schenken.

+ Die Strafen für Gesetzesverstösse sollen den Verhältnissen angepasst werden. Hart bestraft werden sollen nicht harmlose Täter, die lediglich gegen das Strassenverkehrs-



gesetz verstossen, sondern wirkliche Kriminelle. Die Justiz in unserem Land soll sich endlich den dringenden Problemen widmen.

+ Die Todesstrafe ist wieder einzuführen und im Zweifelsfall einer langjährigen Haftstrafe oder Verwahrung vorzuziehen. Ebenfalls zu verschärfen sind die Haftbedingungen. Die Halbgefängenschaft – etwa für Militär- und

Zivilschutzverweigerer – ist durch ein Arbeitslager (z.B. im Jura) zu ersetzen.

+ Es ist eine Bundessicherheitspolizei zu schaffen, die in erster Linie über die Kriminalität (auch über die politische) im Lande wacht und zu diesem Zweck mit geeigneten Privatpersonen – mit V-Leuten – zusammenarbeitet. Wie dringend eine verstärkte Einbindung privater Kräfte ist, zeigen verschiedene Dramen der letzten Zeit: Mord und Totschlag, Raubüberfälle oder das in Regensdorf verhungerte Baby: Überall fehlten Nachbarn, die ein für die Sicherheit geschärftes Auge haben.

+ Die Polizeikörpers sollen sich den dringenden Aufgaben widmen und deshalb vorübergehend aus der Verkehrsüberwachung abgezogen werden.

+ In der Stadt Zürich soll der Notstand ausgerufen und eine Übergangsregierung eingesetzt werden. Die offene Drogenszene ist zu schliessen, und rückfällige Drogenabhängige sind unter Ausschluss des Rechtsweges auszuschaffen (Dringlichkeitsrecht).

+ Das Recht, Waffen zu tragen, ist per dringlichem Bundesbeschluss zu lockern.

Dem Bürger muss es ermöglicht werden, sich zu wehren und unter Umständen gar selbst für Recht und Ordnung zu kämpfen.

+ Sondersession zum Thema Innere Sicherheit. Dem dringsten Problem unserer Zeit muss eine möglichst rasch stattfindende Sondersession der eidgenössischen Räte gewidmet werden. Es ist zu prüfen, ob eine solche nötigenfalls unter Ausschluss der Linken und Grünen stattfinden soll. Wenn Bundesrat Stich nicht auf dem Albisgütli erscheinen will, braucht er auch den Sessionen nicht mehr beizuwohnen. Zusammen mit den versammelten Marxisten und Sozialisten, Armeegegnern und Emanzen könnte er in irgend einem Gewerkschaftszentrum über Armut diskutieren. Auch über politische oder geistige.

All diese konkreten Vorschläge zeigen deutlich, dass die SVP und insbesondere die wegweisende Zürcher Abteilung keine populistisch handelnde politische Partei ist, sondern eine Volksbewegung, die sich für das Allgemeinwohl des Mittelstandes auch dort einsetzt, wo es unbequem wird und wo die verweichlichten Liberalen und Linken die Rechtsstaatlichkeit als Vorwand benutzen, um den Kopf in den Sand zu stecken.

Unser Land braucht aufrechte Männer, die zupacken. Die SVP-Führer Blocher und Frey sind bereit dazu und stellen uns die einzig richtige Frage: Wieviele Drogenabhängige, Arbeitsscheue, Linke und andere Kriminelle erträgt eigentlich die Schweiz? Die Wahlen im nächsten Jahr werden der Partei des Mittelstandes Recht geben. Denn: Wer sonst in diesem Land ist mittelstandfest?

